

Die soziale, wirtschaftliche und politische Herkunft lokaler politischer Eliten in NRW im Jahr 2015.

Ergebnisse einer telefonischen Befragung von Mitgliedern aus zehn Gemeinde- und Stadträten

Teil 1 der Studie „Politisches Leben auf kommunaler Ebene in NRW im Jahr 2015“

Achim Goerres

Hayfat Hamidou

Alexander Baudisch

Maximilian Schmelzer

Shari Tegeler

Florian Rabuza

Universität Duisburg-Essen

Abstract:

Dieses Papier gibt einen Überblick über die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Hintergründe gewählter Mitglieder der Gemeinde- und Stadträte in zehn NRW-Kommunen im Jahr 2015. Durch die statistische Analyse telefonischer Umfragedaten einer repräsentativen Stichprobe von 165 kommunalen Abgeordneten wird aufgezeigt, wie sich diese Herkunftsmuster nach Geschlecht, Partei und Gemeindeeigenschaften unterscheiden. Weiterhin werden zum Teil die Befunde für die lokalen Politikerinnen und Politiker verglichen mit denen der allgemeinen Bevölkerung. Die zentralen Ergebnisse sind wie folgt: (1) die lokalen politischen Eliten sind eine sozial und ökonomisch hochselektive Gruppe, in der statushöhere Bildungs- und Einkommensschichten überwiegen. Obwohl die allermeisten der kommunalen Abgeordneten nur ehrenamtlich in der Politik aktiv sind, zeigt sich eine ähnlich starke soziale Verzerrung wie sie für Berufspolitiker nachgewiesen worden ist. (2) Frauen sind deutlich unterrepräsentiert in der Gruppe der Abgeordneten. Zudem unterscheiden sich Politikerinnen von Politikern beispielsweise durch ein höheres mittleres Einstiegsalter in die Politik und in die Parteimitgliedschaft. (3) Etwa ein Viertel bis ein Drittel der Abgeordneten stammt aus Elternhäusern, in denen mindestens ein Elternteil parteipolitisch aktiv war. Bei der CDU und der SPD dominiert unter denen mit „geerbter“ politischer Aktivität die elterliche Verortung in derselben Partei. (4) Die beruflichen Unterschiede der Befragten zwischen Stadt und Land spiegeln allgemeine Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung wider. Überraschenderweise steigen kommunale Abgeordnete in Städten im Schnitt früher in die Politik ein als diejenigen in eher ländlichen Gemeinden. Insgesamt stellt die Studie die aktuellsten und breitesten Befunde bezüglich gewählter kommunaler Politikerinnen und Politiker in NRW dar und erlaubt ein neues und besseres Verständnis für das politische Leben auf lokaler Ebene im bevölkerungsreichsten Bundesland Deutschlands.

Achim Goerres ist Professor für Empirische Politikwissenschaft und Leiter des Projektes, verantwortlich für die Grundidee, die Konzeption des Papiers und die Ko-Supervision der statistischen Analysen. Hayfat Hamidou ist Projektmitarbeiterin, verantwortlich für die Projektsteuerung, die Ko-Supervision der statistischen Analysen und die Gesamtedaktion. Alexander Baudisch, Maximilian Schmelzer und Shari Tegeler waren verantwortlich für unterschiedliche Abschnitte der statistischen Analysen und Textteile. Florian Rabuzas Beitrag war zentral bei der Harmonisierung der diversen empirischen und textlichen Einzelteile. Alle Autorinnen und Autoren haben die Endredaktion durchgeführt. Die Finanzierung des Projekts stammt aus Bordmitteln des Lehrstuhls. Wir

Der Datensatz stammt aus einem Projekt der Autorinnen und Autoren mit weiteren Beteiligten: Goerres, Achim/Hamidou, Hayfat/ Baudisch, Alexander/ Buban, Sandra/ Diem, Manuela/ Elis, Jonas/ Gineiger, Carola/ Hebel , Florian/Kanter, Justus / Müller, Johannes Marius/ Ostbues, Johannes/ Schmelzer, Maximilian / Tegeler, Shari/ Wedekind, Virginia (2015): Politisches Leben auf kommunaler Ebene: eine Umfrage unter Mitgliedern der Räte ausgesuchter Gemeinden und Städte in NRW, digitaler Datensatz, Version 26.07.2015.

1 Einleitung

Diese Studie beschäftigt sich mit der sozialen, ökonomischen und politischen Herkunft gewählter Politikerinnen und Politiker der kommunalen Ebene in NRW. Sie ist Teil einer größeren Studie „Das Politische Leben auf kommunaler Ebene in NRW“ und fokussiert sich auf die Frage, woher diese Gruppe von größtenteils ehrenamtlichen Politikern¹ kommt und wie das Gesamtbild ihrer Herkunft dem der allgemeinen Bevölkerung gleicht. Anders ausgedrückt: wer genau sind diese Menschen, die sich um die Belange in unseren Kommunen, Städten und Kreisen kümmern? Und was unterscheidet diese politisch aktiven Menschen von der Gesamtbevölkerung Deutschlands? Wir verwenden dabei die Begriffe lokale oder kommunale politische Eliten und Kommunalpolitiker wertneutral und synonym.

Kommunalpolitiker sind eine äußerst relevante Zielgruppe politikwissenschaftlicher Analysen, die überwiegend als „nebenberufliche“ Politiker (Weber 1919: 10) nicht in erster Linie materiell von der Politik abhängen. Zwar sind sie in der Lage durch ihre politische Arbeit soziale und politische Netzwerke zu erweitern, um diese dann außerhalb ihrer politischen Arbeit für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten einzusetzen. Doch ihre Hauptmotivation zur politischen Arbeit kann nicht das materielle Eigeninteresse sein. Weiterhin sind lokale Politiker ungewöhnlich nah an den politischen Sachthemen dran. Die politischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene sind für sie sicherlich sichtbarer als für gewählte Politiker höherer politischer Ebenen, weil sich politische Entscheidungen direkt vor Ort, dort wo die kommunalen Politiker selbst wohnen, manifestieren.

Die Studie hat einen sehr weiten Blickwinkel, der die alltagsweltlichen, privaten und sozialen Umstände der politischen Eliten mit aufnimmt. Letztendlich sind kommunale Mitglieder der Räte faszinierende Individuen, die in gewisser Weise genauso sind wie die, die sie gewählt haben, was sie von Bundes- und Landesabgeordneten unterscheidet.

Diese Studie gliedert sich in 5 Abschnitte. Nach dieser Einführung stellt Abschnitt 2 die Daten und die Erhebungsmethode vor. Abschnitt 3 beleuchtet die sozioökonomischen Merkmale der Kommunalpolitiker und beinhaltet statistische Analysen zu Geschlecht, Partei und Gemeinde sowie einige Vergleiche mit der allgemeinen Bevölkerung. Abschnitt 4 legt den Fokus auf den politischen Lebenslauf. Abschnitt 5 fasst die Ergebnisse zusammen.

¹ Hinweis zur Verwendung des generischen Maskulinums:

Das aus Gründen der besseren Lesbarkeit vornehmlich verwendete generische Maskulin schließt gleichermaßen weibliche und männliche Personen ein. Wenn also beispielsweise von Politikern oder Bürgern die Rede ist, sind damit auch die Politikerinnen und die Bürgerinnen gemeint, es sei denn das Geschlecht wird explizit hervorgehoben.

2 Erhebungsmethode und Daten

Die Daten stammen aus einer telefonischen Befragung kommunaler Abgeordneter, die im Zeitraum vom 01. Juni 2015 bis zum 25. Juli 2015 durchgeführt wurde. Ziel der Befragung war es, repräsentative Informationen über Mitglieder der kommunalen Räte aus Gemeinden und Städten des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) zu erhalten. Zu diesem Zweck wurde eine theoretisch geleitete Stichprobe aus 396 Städten bzw. Gemeinden des Landes NRW gezogen, aus denen dann alle Mitglieder befragt wurden.

Theoretisch geleitet bedeutet, dass für die Auswahl bestimmte, bedeutungskräftige Variablen, sprich Charakteristika der Kommunen, zur Hilfe genommen wurden, die es ermöglichten, die theoretisch zu erwartende Bandbreite an Besonderheiten der NRW-Kommunen abzudecken. Diese Variablen waren zum einen die Einwohnergröße – als wichtigste Determinante für die Komplexität notwendiger Entscheidungen im Rat – und die Gewerbesteuererinnahmen pro Kopf, welche eine der wichtigsten Einnahmequellen von Kommunen und folglich einen gewichtigen Indikator für ihre Finanzkraft darstellt.

Aufbauend auf diesen theoretischen Überlegungen wurden die Kommunen sortiert nach Einwohnerzahl in fünf gleich große Gruppen zusammengefasst (sogenannte Quintilsgruppen). Aus jeder dieser Quintilsgruppen wurden anschließend zwei Kommunen ausgewählt, die den höchsten und den niedrigsten Wert der Gewerbesteuer pro Kopf in dieser Gruppe hatten. Die endgültige Stichprobe enthielt damit zehn Kommunen und es konnten alle denkbaren Kombinationen der beiden Variablen abgedeckt werden. Bei den gezogenen Kommunen handelte es sich um Vettweiß, Erndtebrück, Langerwehe, Burbach im Siegerland, Windeck, Verl, Leichlingen (Rhld.), Monheim am Rhein, Herne und Düsseldorf. Vettweiß und Erndtebrück gehören beispielsweise zum kleinsten Fünftel der Gemeinden bezüglich der Einkommensgröße, wobei Vettweiß in dieser Gruppe die geringste und Erndtebrück das höchste Gewerbesteueraufkommen pro Einwohner aufweisen.

Innerhalb der ausgewählten Städte und Gemeinden wurden alle Ratsmitglieder um ein telefonisches Interview gebeten, insgesamt 403 Personen. Vollständig durchgeführt haben das Interview 165 Ratsmitglieder. Das entspricht einer Ausschöpfungsquote von 41 Prozent. Dies ist ein sehr hoher Wert, weil es bei Elitenbefragungen jeder Art sich immer um Zielgruppen handelt, die sehr hohe Opportunitätskosten zu einem Interview haben. Typischerweise haben gewählte Politiker auch im Ehrenamt einen so vollen Terminkalender, dass die Zeit für ein etwa halbstündiges Interview schwer zu finden ist.

Mit anderen Worten: die vorliegenden Daten stellen eine qualitativ hochwertige Stichprobe dar, die statistisch repräsentativ für die Mitglieder der Räte aller NRW-Kommunen bezüglich ihrer Unterschiedlichkeit in Bevölkerungsgröße und Pro-Kopf-Gewerbesteueraufkommen ist.

Für eine erste Kontaktaufnahme wurden die (Ober-)Bürgermeister der zehn Kommunen per Brief und E-Mail über den Zweck und den Zeitplan der bevorstehenden Befragung informiert. Sie wurden um Hilfe bei der Verbreitung der Informationen in den Räten gebeten, denen Sie formell vorstehen. Weiterhin wurden alle Fraktionsvorsitzenden per E-Mail mit einem Brief über die anstehende Befragung informiert. Bei fraktionslosen Gruppierungen wurde immer die im Alphabet als erste stehende Person angeschrieben. Auf diese Art wurden einige kritische Rückfragen schon im Vorfeld beantwortet.

Die Interviewer waren geschulte Studierende der Universität Duisburg-Essen, die an der Entwicklung des Fragebogens maßgeblich mitgearbeitet hatten. Sie waren praktisch und theoretisch ausgebildet in Interviewtechniken. Jedem Interviewer wurde zufällig eine Gemeinde und in der Gemeinde eine Untergruppe von Befragten zugeteilt. Da sich einige der Fragen mit dem Thema Geschlecht beschäftigten, wurde darüber hinaus in jeder Gemeinde mindestens eine weibliche Interviewerin (insgesamt vier Frauen und acht Männer) eingesetzt, damit eventuelle Effekte des Geschlechts der Interviewer auf die Befragten gemessen werden konnten (es waren keine nennenswerten Effekte nachweisbar).

Die Interviewer hatten ein fest vorgegebenes Kontaktprotokoll, nach dem sie die Mitglieder der Räte über die offiziell als Kontaktadressen gegebenen E-Mailadressen kontaktieren sollten. Eine bestimmte Anzahl an Kontaktversuchen und gegebenenfalls ein Wechsel zum direkten Anruf

waren vorgegeben. Nach Absprache eines Interviewtermins wurde das Interview telefonisch fast ausschließlich über Mobilfunktelefone auf beiden Seiten durchgeführt. Die Interviewpartner kannten die Nummer, von der sie angerufen wurden, im Vorhinein, um eventuellem Misstrauen vorzubeugen.

Ein Interview dauerte im Schnitt 33 Minuten, minimal 20 Minuten und maximal 61 Minuten. Kein Interview wurde vorzeitig abgebrochen, wobei es bei einigen Unterbrechungen wegen praktischer Störungen auf Seiten der Interviewten gab. Insgesamt handelt es sich um sehr hochwertige Befragungsdaten lokaler Politikerinnen und Politiker in NRW.

3 Sozioökonomische Merkmale von Kommunalpolitikern im Vergleich

In diesem Abschnitt werden die befragten Kommunalpolitiker NRW systematisch mit der Bevölkerung verglichen, aus der sie sich rekrutieren. Je nach Verfügbarkeit handelt es sich um die Wohnbevölkerung NRW oder der Bundesrepublik. Die zu vergleichenden Merkmale sind sozioökonomischer Natur. Zunächst wird der Familienstand, anschließend der Bildungsstand, die Berufsgruppen der Befragten, ihr Einkommen und ihre Arbeitsstunden über alle Befragten hinweg betrachtet. In einem zweiten Schritt werden diese Ergebnisse differenziert nach Geschlecht, der Größe der regionalen Einheit sowie nach Zugehörigkeit zu Parteien analysiert.

Familienstand

Sowohl in der Gruppe der Kommunalpolitiker als auch in der Gruppe der wahlberechtigten Bevölkerung NRW leben die meisten Befragten im Stand der Ehe mit jeweils 62 Prozent (Eliten) und 59 Prozent (Wohnbevölkerung) (siehe Tabelle 1). Der Anteil der ledigen Personen ist mit knapp 27 Prozent gegenüber ca. 28 Prozent ebenfalls sehr ausbalanciert. Interessant ist der mit ca. 2 Prozent bemessene Anteil der kommunalen Abgeordneten, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben. Diese Gruppe tritt in der Stichprobe aus der allgemeinen Bevölkerung deutlich seltener auf.

Tabelle 1: Vergleich Familienstand zwischen Eliten und der allgemeinen Bevölkerung

<i>Familienstand</i>	<i>Kommunale Eliten</i>	<i>Allgemeine Bevölkerung</i>
Eingetragene Lebenspartnerschaft	2%	<0,5%
Geschieden	5%	7%
Ledig	27%	28%
Verheiratet	62%	59%
Verwitwet	3%	5%

Die Quelle für den Bevölkerungsvergleich ist der Allbus 2014. Die Grundgesamtheit sind in Nordrhein-Westfalen lebende Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Beantwortet haben diese Frage alle 165 befragten kommunalen Abgeordneten.

Bezüglich des Familienstandes stellen die lokalen Abgeordneten ein nahezu perfektes Spiegelbild der Wählerschaft dar. Die kommunalen Politiker unterscheiden sich überhaupt nicht systematisch von der allgemeinen Bevölkerung. Die geringen Abweichungen können ohne Weiteres auf Zufallsfehler der allgemeinen Bevölkerungsumfrage zurückgeführt werden.

Innerhalb der Gruppe der Eliten zeigt sich dagegen in Tabelle 2 ein interessanter Geschlechterunterschied darin, dass 10 % der weiblichen Politikerinnen verwitwet sind im Vergleich zu nur 1 % bei den Männern. Dieser Umstand kann der höheren Lebenserwartung von Frauen allgemein geschuldet sein. Alle anderen Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtergruppen sind zu vernachlässigen.

Wir haben unsere Gemeinden für die Analyse in drei Gruppen nach Bevölkerungsgröße aufgeteilt. In die Gruppe der kleineren lokalen Einheiten fallen die zwei kleinsten Gemeinden, aus denen Abgeordnete befragt wurden, und in die Gruppe der größeren lokalen Einheiten wiederum die zwei größten Gemeinden. Die übrigen sechs Gemeinden in der Mitte entsprechen den mittelgroßen lokalen Einheiten.

Tabelle 2: Familienstand der kommunalen Abgeordneten nach Geschlecht

<i>Familienstand</i>	<i>Männlich</i>	<i>Weiblich</i>
Eingetragene Lebenspartnerschaft	2%	3%
Geschieden	6%	5%
Ledig	28%	23%
Verheiratet	63%	59%
Verwitwet	1%	10%

Hier zeigt sich, dass nicht-traditionelle Arrangements wie „in Scheidung lebend“ oder „in eingetragenen Partnerschaften Homosexueller“ bei den Eliten ebenso eher in den Großstädten anzutreffen sind, wie bei der allgemeinen Bevölkerung. In den stärker bevölkerten Kommunen macht diese Gruppe der in eingetragenen Lebenspartnerschaft Lebenden mit 11 Prozent mehr als ein Zehntel der Befragten aus. Ebenfalls leben in der Gruppe der stark bevölkerten Befragungsräume verhältnismäßig mehr geschiedene Personen als in den Vergleichsgruppen. Über alle drei Gruppen hinweg geben die meisten Befragten an, verheiratet zu sein. Dieser Anteil sinkt jedoch mit der Größe der lokalen Einheit: In ländlicheren Gegenden leben 67 Prozent der lokalen Abgeordneten im Stand der Ehe – in stärker verstäderten Regionen sinkt dieser Anteil um 10 Prozentpunkte auf 57 Prozent.

Tabelle 3: Familienstand der kommunalen Abgeordneten nach Größe der lokalen Einheit

<i>Familienstand</i>	<i>Kleinere Gemeinden</i>	<i>Mittelgroße Gemeinden</i>	<i>Größere Gemeinden</i>
Eingetragene Lebenspartnerschaft	-	-	11%
Geschieden	4%	4%	11%
Ledig	25%	29%	20%
Verheiratet	67%	63%	57%
Verwitwet	4%	4%	-

Bei der Analyse des Familienstands nach Parteien weisen die Politiker der CDU und der SPD eine sehr ähnliche Verteilung auf, mit etwa drei Vierteln Verheirateten, etwa einem Fünftel Ledigen, weniger als einem Zwanzigstel Geschiedenen und bei der SPD einigen wenigen eingetragenen Partnerschaften.

Tabelle 4: Familienstand der kommunalen Abgeordneten nach Parteien

<i>Familienstand</i>	<i>CDU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/ Die Grünen</i>	<i>Die Linke</i>	<i>FDP</i>	<i>PETÖ</i>	<i>Lokale Bündnisse</i>	<i>Sonstige</i>
Eingetragenen Lebenspartnerschaft	-	4%	13%	-	-	-	-	-
Geschieden	2%	4%	13%	33%	20%	6%	11%	-
Ledig	18%	20%	25%	33%	20%	76%	33%	33%
Verheiratet	78%	70%	50%	33%	60%	18%	44%	67%
Verwitwet	5%	2%	-	-	-	-	11%	-

Die Quelle für den Bevölkerungsvergleich ist der Allbus 2014. Die Grundgesamtheit sind in Nordrhein-Westfalen lebende Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Beantwortet haben diese Frage alle 165 befragten kommunalen Abgeordneten.

Bei den Befragten von Bündnis90/Die Grünen, der Linkspartei und der FDP sind die Familienverhältnisse heterogener verteilt. Erwähnenswert ist der im Vergleich hohe Anteil der Personen, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben unter den Abgeordneten von Bündnis90/Die Grünen. Interessant ist ebenfalls der dominierende Anteil der ledigen Personen in der Gruppe der P/ETO-Befragten. Diese Werte sollten aber aufgrund der kleinen absoluten Zahl von Befragten für diese Parteien, die zwar repräsentativ aber mit großer Unsicherheit für andere aus dieser Gruppe ist, nicht überinterpretiert werden.

Beim Familienstand kann man zusammenfassend feststellen, dass es keine nennenswerten Unterschiede zur Gesamtbevölkerung gibt und die Heterogenität des Familienstandes innerhalb der Gruppe der Eliten Unterschiede nach geschlechtsspezifischer Lebenserwartung, zwischen Großstand und anderen Wohnorten und nach der ideologischen Positionierung der Parteien in Familienfragen widerspiegelt. Kurz gesagt leben politische Eliten ihr privates Leben in Bezug auf Partnerschaft nicht anders als der Rest der Bevölkerung.

Einkommen

Beim Einkommen zeigt sich im Gegensatz zum Familienstand eine starke Verzerrung des Abbildes der Bevölkerung durch die kommunalen politischen Eliten. Sie sind tendenziell deutlich einkommensstärker als die allgemeine Bevölkerung. 2014 lag für die allgemeine Bevölkerung das Median-Nettoeinkommen für Personen bei 1300 Euro im Monat, sprich 50 Prozent der Bevölkerung verdiente bis zu oder genau 1300 € netto im Monat. Dieser Anteil wird mit 48 Prozent auch sehr genau in der Stichprobe für die NRW-Bevölkerung erreicht, die wir hier für den Vergleich heranziehen. In der Gruppe der Eliten verdienen allerdings nur 18 Prozent bis zu 1300 € netto im Monat. Am entgegengesetzten Ende der Einkommensverteilung sehen wir, dass lediglich 4 Prozent der NRWler mehr als 3500 € netto verdienen (das war 2014 der Wert, über dem 10 Prozent der allgemeinen Bevölkerung Deutschlands lagen). Bei den Eliten verdienen 25 Prozent mehr als 3500 €. Auch die Abstufungen dazwischen zeigen, dass die Eliten überwiegend mehr als 2000 € netto verdienen (28+18+25=61 Prozent), wobei 2000 € der Vergleichswert ist, der für die allgemeine Bevölkerung das dritte Quartil bildet, also der Wert bis zu dem oder auf dem das Nettoeinkommen von 75 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands liegt.

Tabelle 5: Vergleich Einkommen zwischen Eliten und der Bevölkerung NRWs

<i>Einkommen</i>	<i>Kommunale Eliten</i>	<i>Allgemeine Bevölkerung</i>
Bis 1300€	18%	48%
1300€ – 2000€	12%	30%
2000€ – 2900€	28%	12%
2900€ - 3500€	18%	6%
Über 3500€	25%	4%

Die Quelle für den Bevölkerungsvergleich ist der Allbus 2014. Die Grundgesamtheit sind in Nordrhein-Westfalen lebende Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Beantwortet haben diese Frage 159 von 165 befragten kommunalen Abgeordneten.

Es muss insgesamt festgehalten werden, dass sich die Einkommensniveaus der beiden Gruppen stark unterscheiden. Kommunale Abgeordnete sind im Schnitt um einiges wohlhabender als ihre Wählerschaft und bilden in dieser Hinsicht sicherlich kein direktes Abbild der Bevölkerung NRWs.

Die Betrachtung der Einkommensgruppen nach Geschlecht zeigt nun im zweiten Schritt, dass es markante Unterschiede zwischen Männern und Frauen innerhalb der politischen Elitengruppe gibt. Während fast die Hälfte der weiblichen Befragten ein Einkommen von bis zu 1300 € beziehen, sind es in der Vergleichsgruppe der Männer lediglich 10 Prozent. Ebenso gaben weibliche Befragte öfter die Einkommensklasse 1300 € - 2000 € an, der Unterschied ist mit 8 Prozentpunkten jedoch weniger stark ausgeprägt. Vergleicht man die Einkommen in der nächsthöheren Gruppe, so steigt auch der Anteil der männlichen Befragten, die sich hier verorten. Der Unterschied beträgt in der mittleren Einkommensklasse noch 5 Prozentpunkte, steigt dann auf 9 Prozentpunkte und erreicht

sein Maximum in der Gruppe derer, die ein Monatseinkommen von über 3500 € verbuchen – Während mit 2 Prozent sehr wenige, weibliche Befragte angeben, über 3500 € zu verdienen, sind es mit 31 Prozent fast ein Drittel der männlichen Befragten.

Tabelle 6: Einkommen der kommunalen Abgeordneten nach Geschlecht

<i>Einkommen</i>	<i>Männlich</i>	<i>Weiblich</i>
Bis 1300€	10%	45%
1300€ - 2000€	10%	18%
2000€ – 2900€	29%	24%
2900€ - 3500€	20%	11%
Über 3500€	31%	2%

Die Betrachtung des geschlechtsspezifischen Einkommens impliziert, dass eine starke Verzerrung in der Einkommenssituation im Vergleich zum Rest der Bevölkerung auch bei weiblichen Abgeordneten festgestellt werden kann (beispielsweise finden sich auch bei den weiblichen Eliten 24+11+2 %=37 Prozent oberhalb der 2000 €, wo in der allgemeinen Bevölkerung über beide Geschlechtsgruppen nur 25 Prozent liegen). Hauptsächlich ist diese Verzerrung aber durch die Gruppe der Männer getragen. Männliche politische Elitenmitglieder kommen sehr stark aus höheren Einkommenschichten, aus denen in der Tendenz – aber mit deutlichem Abstand – auch die weiblichen Abgeordneten stammen.

Die Betrachtung der Einkommensklassen der politischen Eliten in Abhängigkeit von der Bevölkerungszahl der Gemeinden lassen einen heterogenen Eindruck zu: Während die Häufigkeiten in kleineren lokalen Einheiten eine Ballung in der mittleren Kategorie von 2000 bis 2900 € aufweisen, ergibt sich für mittelgroße Befragungsregionen ein anderes Bild. Die geringste, mittlere und höchste Einkommensklasse sind jeweils mit ca. 25 Prozent vertreten. Die beiden übrigen Einkommensgruppen sind dagegen nur schwach vertreten.

In städtischen Regionen überwiegt klar die Einkommensgruppe, die mehr als 3500 € im Monat zur Verfügung hat. Bis auf die mittlere Einkommensklasse werden die beiden Klassen mit dem geringsten Einkommen und die zweithöchste gleich häufig genannt. Abschließend muss festgehalten werden, dass bezüglich der monatlichen Einnahmen der lokalen Abgeordneten kein eindeutiges Muster zu erkennen ist.

Tabelle 7: Einkommen der kommunalen Abgeordneten nach Größe der Gemeinde

<i>Einkommen</i>	<i>Kleinere Gemeinden</i>	<i>Mittelgroße Gemeinden</i>	<i>Größere Gemeinden</i>
Unter 1300€	8%	22%	13%
1300€ - 2000€	21%	10%	13%
2000€ – 2900€	33%	28%	23%
2900€ - 3500€	25%	17%	13%
Über 3500€	13%	23%	39%

Die Verteilung des Einkommens nach Parteien weist ebenfalls keine deutlichen Muster auf. Besonders der hohe Anteil der Befragten, die über 3500€ monatlich verdienen, läuft der Annahme einer logarithmischen Normalverteilung, die einen schnellen Anstieg und nur wenige hohe Fälle aufweist, entgegen. Mit fast einem Drittel ist dieser Anteil unter den Volksparteien CDU und SPD besonders stark. Interessant ist noch das Profil der PETO-Abgeordneten in Monheim, die eine unterdurchschnittliche Einkommenssituation aufweisen.

Tabelle 8: Einkommen der kommunalen Abgeordneten nach Parteien

<i>Einkommen</i>	<i>CDU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/ Die Grünen</i>	<i>Die Linke</i>	<i>FDP</i>	<i>PETO</i>	<i>Lokale Bündnisse</i>	<i>Sonstige</i>
Unter 1300€	13%	7%	25%	67%	40%	59%	-	-
1300€ - 2000€	10%	16%	13%	-	20%	6%	22%	-
2000€ - 2900€	32%	27%	38%	-	-	24%	22%	-
2900€ - 3500€	16%	20%	13%	-	40%	6%	33%	33%
Über 3500€	29%	30%	13%	33%	-	6%	22%	67%

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Einkommenssituation ein hoch verzerrtes Abbild der Bevölkerung darstellt. Des Weiteren rekrutieren sich männliche politische Elitenmitglieder sehr stark aus höheren Einkommenschichten, während das deutlich weniger stark bei den weiblichen Abgeordneten der Fall ist. Auch im Bereich der lokalen Einheiten ist ein heterogenes Bild bezüglich des Einkommens zu beobachten. Und genauso ist das im Vergleich der Parteien der Fall. Auch hier wird deutlich, dass es kein einheitliches Muster bei der Einkommensverteilung gibt.

Beruf

Auch bei den verschiedenen Berufsgruppen fällt die statushöhere Verzerrung der kommunalen Eliten auf. Selbständige, Freiberufler, leitende Angestellte und Beamte im Höheren Dienst sind in der Gruppe der lokalen NRW-Eliten deutlich stärker vertreten als in der allgemeinen deutschen Wohnbevölkerung. Dies erklärt sicher zum Teil die starke Einkommensverzerrung zugunsten der politischen Eliten. Interessant ist weiterhin, dass es keine Überrepräsentation von Menschen in Pension oder Rente in der Gruppe der politischen Eliten gibt. Rentner sind nicht stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Ähnliches gilt für die, die noch in Ausbildung sind. 80 Prozent der politischen Eliten sind ökonomisch aktiv.

Tabelle 9: Vergleich Berufsgruppen zwischen Eliten und der Bevölkerung NRWs

<i>Berufsgruppe</i>	<i>Kommunale Eliten</i>	<i>Allgemeine Bevölkerung</i>
Leitende Angestellte	18%	11%
Sonstige Angestellte	18%	27%
Rente oder Pension	16%	19%
Sonstiges	10%	6%
Selbstständige	8%	6%
Sonstige Beamte	8%	3%
Beamte im höheren Dienst	7%	2%
Freiberufler	5%	4%
Noch in Ausbildung	4%	8%
Fach-, Vorarbeiter, Poliere	2%	9%
Angelernte Arbeiter	1%	4%
Handwerksmeister	1%	1%
Landwirte	1%	0.05%

Die Schätzungen für die allgemeine Bevölkerung entstammen einer Online-Stichprobe des Unternehmens YouGov vom April 2015, die in dem Projekt „Communicating Under Pressure“ erhoben worden sind (PI Staffan Kumlin, Finanzierung norwegischer Forschungsrat).

Für die bessere Übersicht kollabieren wir für die weitere Analyse die Berufsgruppen, um weniger Kategorien zu erhalten. Beginnend mit dem Vergleich nach Geschlecht sehen wir, dass selbstständig Tätige doppelt so häufig in der Gruppe der männlichen Befragten vertreten sind wie in der Vergleichsgruppe. Ähnlich sieht es in Bezug auf den Beamtenstand aus. Während 18 Prozent der Männer Beamte sind, sind es bei den Frauen lediglich 10 Prozent. Demgegenüber wird die Gruppe der Angestellten oder noch in Ausbildung befindlichen Personen stärker von der weiblichen Gruppe dominiert. Bei Rentnern oder Pensionären gibt es kaum Unterschied und bei sonstigen Berufen ist die Verteilung ausgeglichen.

Tabelle 10: Berufsgruppen der kommunalen Abgeordneten nach Geschlecht

<i>Berufsgruppen</i>	<i>Männlich</i>	<i>Weiblich</i>
Selbstständige	10%	5%
Beamte	18%	8%
Angestellte	33%	44%
Noch in Ausbildung	2%	10%
Rente oder Pension	17%	13%
Sonstiges	21%	21%

Im Rückblick auf die zuvor beschriebene Verteilung des Einkommens lässt sich ein Teil des hohen Einkommens der männlichen Abgeordneten durch die geschlechtsspezifische Verteilung der Berufsgruppen erklären. Die befragten Frauen gehören zu einem höheren Anteil solchen Berufsgruppen an, die im Vergleich zur Vergleichsgruppe geringer verdienend sind. Dennoch muss berücksichtigt werden, dass an dieser Stelle hier keine Differenzierung zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten erfolgen kann, was zusätzlich Aufschluss geben würde, da Frauen im Schnitt häufiger in Teilzeit beschäftigt sind und damit auch weniger verdienen.

Über alle Gruppen hinweg sind die meisten kommunalen Abgeordneten im Angestelltenverhältnis beschäftigt. Bis auf die mittelgroßen lokalen Einheiten liegt der Anteil bei weit über einem Drittel. Interessant ist, dass keiner der Befragten aus kleineren lokalen Einheiten, selbstständig tätig ist. Nur bei zwei Berufsgruppen gibt es erwähnenswerte Unterschiede – bei den übrigen sind die Häufigkeiten sehr ähnlich. Sonstige Berufsgruppen machen in mittelgroßen und großen lokalen Einheiten ca. ein Viertel der Befragten aus, in ländlicheren Gegenden nicht mal 10 Prozent. Verbeamtete kommunale Abgeordnete sind am häufigsten in mittelgroßen lokalen Einheiten vertreten. Hinsichtlich der Berufsgruppen sind keine eindeutigen Muster in Abhängigkeit von der Gemeindegröße zu erkennen.

Tabelle 11: Berufsgruppen der kommunalen Abgeordneten nach Größe der lokalen Einheit

<i>Berufsgruppen</i>	<i>Kleinere Gemeinden</i>	<i>Mittelgroße Gemeinden</i>	<i>Größere Gemeinden</i>
Selbstständige	-	9%	11%
Beamte	7%	16%	6%
Angestellte	42%	31%	43%
Noch in Ausbildung	4%	5%	3%
Rente oder Pension	17%	17%	11%
Sonstiges	8%	22%	26%

Die Betrachtung der Berufsgruppen differenziert nach Parteizugehörigkeit zeigt, dass die Volksparteien diesem Namen gerecht werden – nahezu alle Berufsgruppen sind mit einem zweistelligen Anteil vertreten. Lediglich der Anteil der Rentner und Pensionäre ist unter den SPD-Abgeordneten sichtbar höher. Bei allen Gruppen gilt, dass die meisten Befragten Angestellte sind, unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Weiterhin auffällig ist der hohe Anteil der in Ausbildung befindlichen PETO-Befragten.

Tabelle 12: Berufsgruppen der kommunalen Abgeordneten nach Parteien

<i>Berufsgruppen</i>	<i>CDU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis 90/ Die Grünen</i>	<i>Die Linke</i>	<i>FDP</i>	<i>PETO</i>	<i>Lokale Bündnisse</i>	<i>Sonstige</i>
Selbstständige	11%	4%	6%	-	40%	6%	-	33%
Beamte	15%	17%	19%	-	20%	12%	22%	-
Angestellte	38%	32%	31%	67%	-	29%	56%	33%
Noch in Ausbildung	3%	-	13%	-	-	18%	-	-
Rente oder Pension	15%	26%	6%	33%	20%	-	11%	-
Sonstiges	18%	20%	25%	-	20%	35%	11%	33%

Fassen wir zusammen. Es lässt sich zeigen dass Eliten im Schnitt statushöhere Berufe bekleiden als die Bevölkerung. Einkommensunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Abgeordneten sind zu einem guten Teil der Tatsache geschuldet, dass Männer in statushöheren und damit mit höherem Einkommen verbundenen Berufen arbeiten.

Allgemeinbildender Schulabschluss

Während in der allgemeinen Bevölkerung ca. ein Drittel der Befragten einen Haupt- oder Volksschulabschluss erworben hat, ist dieser Anteil unter den kommunalen Abgeordneten deutlich geringer. Demgegenüber besitzt der überwiegende Anteil (53 Prozent) der kommunalen Eliten das Abitur, während dies in der allgemeinen Bevölkerung nur zu 29 Prozent der Fall ist. Die Betrachtung der übrigen Häufigkeiten zeigt, dass der Realschulabschluss über die Gruppen hinweg auch sehr unterschiedlich verteilt ist – Während ca. 26 Prozent der Gesamtbevölkerung diesen Abschluss besitzen, sind es in der Vergleichsgruppe nur 18 Prozent. 19 Prozent der Abgeordneten verfügen über die Fachhochschulreife. Dieser Abschluss wird damit fast doppelt so oft in der Gruppe der kommunalen Abgeordneten angegeben wie in der allgemeinen Bevölkerung

Tabelle 13: Vergleich Schulabschlüsse zwischen Eliten und der Bevölkerung NRW

<i>Schulabschluss</i>	<i>Kommunale Eliten</i>	<i>Allgemeine Bevölkerung</i>
Volks- / Hauptschulabschluss	8%	34%
Realschulabschluss	18%	26%
Fachhochschulreife	19%	10%
Abitur	53%	29%
Sonstiger Schulabschluss	2%	1%

Die Quelle für den Bevölkerungsvergleich ist der Allbus 2014. Die Grundgesamtheit sind in Nordrhein-Westfalen lebende Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Beantwortet haben diese Frage 165 von 165 befragten kommunalen Abgeordneten.

Der Vergleich der höchsten Schulabschlüsse zeigt insgesamt deutlich, dass das Niveau der formalen Bildung in der Gruppe der kommunalen Abgeordneten weitaus höher ist, als in der allgemeinen Bevölkerung. Damit erklärt sich wiederum auch zum Teil die bessere mittlere Einkommenssituation

lokaler Eliten. Sie sind formal besser ausgebildet und haben deswegen ein höheres Einkommenspotenzial.

Zwischen den Geschlechtergruppen besteht eine Ähnlichkeit darin, dass jeweils mehr als 50 Prozent Abitur haben. Unter den Männern ist lediglich die Fachhochschulreife etwas häufiger verbreitet.

Tabelle 14: Schulabschlüsse der kommunalen Abgeordneten nach Geschlecht

<i>Schulabschluss</i>	<i>Männlich</i>	<i>Weiblich</i>
Volks-/Hauptschulabschluss	7%	13%
Realschulabschluss	17%	21%
Fachhochschulreife	21%	10%
Abitur	52%	54%
Sonstiger Schulabschluss	2%	3%

Die Betrachtung der angegebenen Schulabschlüsse in Abhängigkeit von der Größe der jeweiligen kommunalen Einheit zeigt einige Unterschiede. In bevölkerungsärmeren Regionen sind weniger stark berufsqualifizierende Schulabschlüsse häufiger genannt, als in mittelgroßen oder größeren Kommunen bzw. Städten. Das Abitur und die Fachhochschulreife wurden in den beiden Kategorien mit einer größeren Einwohnerzahl oftmals deutlich häufiger genannt. Mehr als die Hälfte der Befragten in größeren und mittelgroßen lokalen Einheiten besitzen die Hochschulzugangsberechtigung – in ländlicheren Gegenden geben diesen Abschluss nicht einmal ein Drittel der Befragten an. Zusammengefasst: die höhere formale Bildung von Eliten ist vor allem im klein- bis großstädtischen Bereich deutlich ausgeprägt.

Tabelle 15: Schulabschlüsse der kommunalen Abgeordneten nach Größe der lokalen Einheit

<i>Schulabschluss</i>	<i>Kleinere Gemeinden</i>	<i>Mittelgroße Gemeinden</i>	<i>Größere Gemeinden</i>
Volks-/Hauptschulabschluss	8%	9%	6%
Realschulabschluss	38%	15%	11%
Fachhochschulreife	21%	17%	23%
Abitur	29%	56%	60%
Sonstiger Schulabschluss	4%	3%	-

Bezüglich der erreichten Schulabschlüsse der kommunalen Eliten zeichnen sich die beiden Volksparteien CDU und SPD durch eine Präsenz aller Schulabschlüsse aus. Dennoch besitzt in beiden Parteien die Mehrheit das Abitur. Weiter ist auffällig, dass in der Gruppe der CDU-Befragten im Vergleich zu den anderen der größte Anteil mit Hauptschulabschluss zu finden ist und in der Gruppe der SPD-Befragten der größte Anteil mit Realschulabschluss. Die Parteien Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PETO zeichnen sich durch eine große Heterogenität bezüglich der höher qualifizierenden Abschlüsse aus – Realschul-, und Hauptschulabschlüsse werden nicht genannt.

Obwohl sich also kleinere Variationen zwischen den Parteien nachzeichnen lassen, ist das überwiegende Muster eindeutig. Lokale politische Eliten kommen überproportional häufig aus den höheren formalen Bildungsschichten.

Tabelle 16: Schulabschluss der kommunalen Abgeordneten nach Parteien

<i>Schulabschlüsse nach Parteien</i>	<i>CDU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/ Die Grünen</i>	<i>Die Linke</i>	<i>FDP</i>	<i>PETO</i>	<i>Lokale Bündnisse</i>	<i>Sonstige</i>
Volks- /Hauptschulabschluss	17%	4%	-	33%	-	-	-	-
Realschulabschluss	17%	30%	-	-	-	-	33%	33%
Fachhochschulreife	15%	20%	25%	-	-	18%	44%	33%
Abitur	50%	46%	69%	67%	80%	82%	11%	33%
Sonstiger Schulabschluss	2%	-	6%	-	20%	-	11%	-

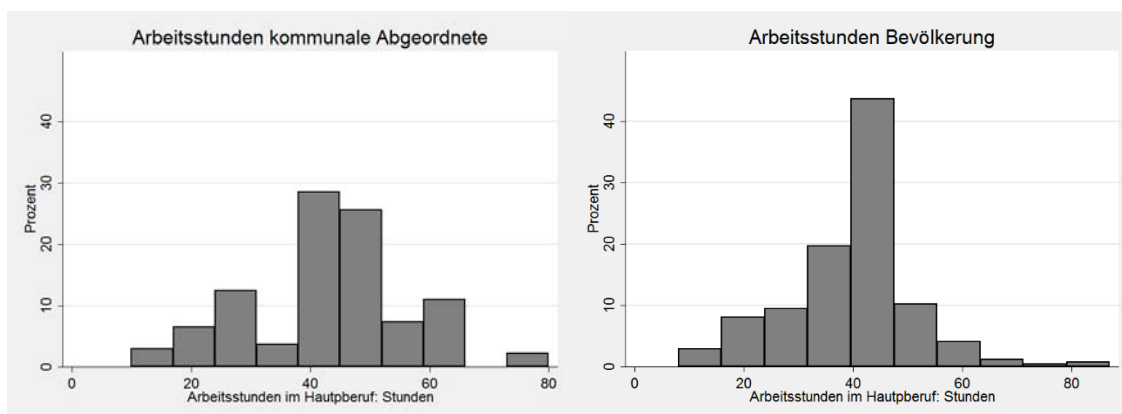
Zusammenfassend lässt sich in Hinblick auf das Niveau formaler Bildung sagen, dass der überwiegende Anteil der kommunalen Eliten das Abitur erreicht und nur ein unterdurchschnittlicher Teil einen Haupt- oder Volksschulabschluss hat. Damit sind sie formal weitaus höher gebildet als die übrige Bevölkerung. Auch hier können Rückschlüsse auf das Einkommen der politischen Eliten gezogen werden. So sind sie formal besser ausgebildet und haben deswegen ein höheres Einkommenspotenzial als die Gesamtbevölkerung. Bezüglich des Geschlechtes sind die Verteilungen sehr heterogen. Hinsichtlich der geografischen Einheiten lässt sich sagen, dass die höhere formale Bildung von Eliten vor allem im klein- bis großstädtischen Bereich deutlich ausgeprägt ist.

Berufliche Arbeitszeit

Als letzten sozioökonomischen Vergleichspunkt nehmen befassen wir uns mit der beruflichen Arbeitszeit. Dieser Aspekt ist relevant, da ehrenamtliche politische Arbeit zeitaufwändig ist. Die für den Hauptberuf aufgewendete Arbeitszeit ist dabei ein Indikator für die Opportunitätskosten, die mit einem politischen Ehrenamt einhergehen. Menschen, die lange arbeiten, haben für jede Stunde Freizeit einen anderen Nutzen als Menschen, die nur wenig arbeiten. Es könnte deswegen sein, dass ein politisches Ehrenamt umso wahrscheinlicher ist, je mehr Freizeit jemand hat.

Unsere Daten zeigen hingegen genau das Gegenteil. Kommunale politische Eliten arbeiten im Schnitt mehr als die allgemeine Bevölkerung, und der Anteil derer, die 40 Stunden und mehr arbeiten ist unter der Gruppe der kommunalen politischen Eliten höher. Im Mittel beträgt die wöchentliche Durchschnittsarbeitszeit in der allgemeinen Bevölkerung NRWs 39 Stunden, in der Gruppe der Abgeordneten sind es aber 42,5 Stunden. Der Anteil derer, die 40 Stunden und mehr arbeiten beträgt 73 Prozent bei den kommunalen politischen Eliten im Vergleich zu lediglich 59 Prozent innerhalb der wahlberechtigten Bevölkerung NRWs.

Abbildung 1 : Vergleich der Arbeitsstunden zwischen Eliten und der Bevölkerung NRWs



Die Quelle für den Bevölkerungsvergleich ist der Allbus 2014. Die Grundgesamtheit sind in Nordrhein-Westfalen lebende Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Beantwortet haben diese Frage 157 von 165 befragten kommunalen Abgeordneten.

Bei der Betrachtung der wöchentlichen Arbeitszeit nach Parteien fällt auf, dass sich die Kennwerte der beiden großen Parteien CDU und SPD kaum unterscheiden. Auffällig ist das sehr hohe aber auch sehr unterschiedliche Arbeitspensum, das die Abgeordneten der FDP angeben. Weiterhin fällt auf, dass die Abgeordneten von Bündnis90/Die Grünen mit durchschnittlich 35 Wochenarbeitsstunden am wenigsten Zeit am Arbeitsplatz verbringen, die Abgeordneten der lokalen Bündnisse mit durchschnittlich 44,5 Stunden die meisten. Parteiübergreifend lässt sich weiterhin eine relativ hohe Standardabweichung feststellen – die angegebenen Stunden unterscheiden sich innerhalb der Parteien recht stark.

Tabelle17: Übersicht der wöchentlichen Arbeitsstunden nach Partei

<i>Wöchentliche Arbeitszeit in Stunden</i>	<i>Mittelwert</i>	<i>Minimum</i>	<i>Maximum</i>	<i>Standardabweichung</i>
CDU	42,5	10	75	14
SPD	43,5	10	80	13,5
Bündnis 90/Die Grünen	35	12	45	9
FDP	59	40	80	17,5
PETO	43	20	65	12
Lokale Bündnisse	44,5	28	60	9
Sonstige	36,5	25	50	13
Gesamt	42,5	10	80	13,5

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen. Beantwortet haben die Frage 137 von 165 befragten kommunalen Abgeordneten (83%)

Sowohl die univariaten Kennwerte der Gruppen als auch die grafische Darstellung der Ergebnisse zeigt, dass erwerbstätige Männer deutlich mehr Zeit am Arbeitsplatz verbringen als die Vergleichsgruppe der Frauen. So arbeiten erwerbstätige männliche Abgeordnete durchschnittlich ca. neun Stunden pro Woche mehr als ihre weiblichen Kollegen. Gemessen an der Spannweite der Angaben sind die Standardabweichungen sehr ähnlich.

Tabelle 18: Übersicht der wöchentlichen Arbeitsstunden Geschlecht

<i>Wöchentliche Arbeitszeit in Stunden</i>	<i>Mittelwert</i>	<i>Minimum</i>	<i>Maximum</i>	<i>Standardabweichung</i>
männlich	45	10	80	13
weiblich	34	20	55	10

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen. Beantwortet haben die Frage 137 von 165 befragten kommunalen Abgeordneten (83%)

Tabelle 19 macht die Unterschiede des wöchentlichen Arbeitspensums der erwerbstätigen kommunalen Abgeordneten anhand der Größe der lokalen Einheit deutlich. Es scheint so, dass die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit negativ mit der Größe der lokalen Einheit korreliert ist – Abgeordnete in kleineren lokalen Einheiten arbeiten im Schnitt ca. 9 Stunden mehr pro Woche als ihre Kollegen aus den größeren lokalen Einheiten und immerhin noch durchschnittlich 2 Stunden mehr als die Mandatsträger der mittelgroßen lokalen Einheiten. Allerdings streuen die Angaben der Befragten, die in kleineren lokalen Einheiten leben, auch am meisten.

Abbildung 2: Darstellung der wöchentlichen Arbeitsstunden nach Geschlecht

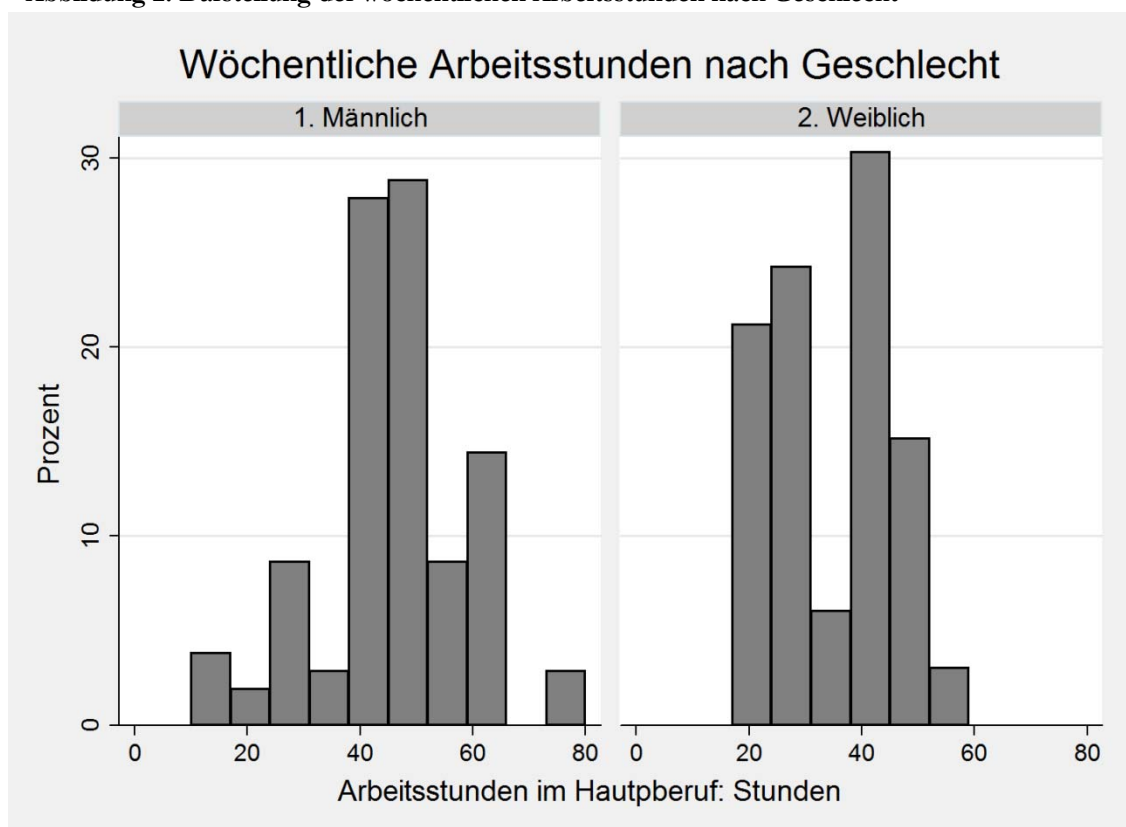


Tabelle 19: Übersicht der wöchentlichen Arbeitsstunden Größe der lokalen Einheit

Wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	Mittelwert	Minimum	Maximum	Standardabweichung
Kleinere lokale Einheiten	45,5	20	80	16
Mittelgroße lokale Einheiten	43,5	10	75	12,5
Größere lokale Einheiten	36,5	10	65	13,5

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen. Beantwortet haben die Frage 137 von 165 befragten kommunalen Abgeordneten (83%)

Bezüglich der vorangegangenen untersuchten sozioökonomischen Variablen Familienstand, Einkommen, Berufsgruppe, allgemeiner Schulabschluss und berufliche Arbeitszeit entsteht kein homogenes Bild der kommunalen politischen Eliten. Besonders im Vergleich zu der Gesamtbevölkerung werden die Unterschiede deutlich, aber auch innerhalb der Gruppe der Abgeordneten können einige Unterschiede festgehalten werden. Es wird sehr deutlich, dass es sich bei der untersuchten gesellschaftlichen Gruppe der kommunalen politischen Eliten um eine einzigartige Gruppe handelt, die sich sowohl durch eine höhere formale Bildung und eine höhere Stundenanzahl in der beruflichen Arbeitszeit auszeichnet als auch durch die starke Überrepräsentation der Gruppe der Angestellten. Durch die Untersuchung der sozioökonomischen Eigenschaften der kommunalen politischen Eliten sind einige spezifische Voraussetzungen an diese gesellschaftliche Gruppe zu erkennen, die sowohl als Voraussetzung als auch zugleich als Folge des Amtes gesehen werden könnten.

4 Der politische Lebenslauf

In diesem Abschnitt werden zunächst die Anfänge der befragten kommunalen Abgeordneten betrachtet, um anschließend die subjektive politische Selbstverortung zu analysieren. Bei ersterem liegt das Hauptaugenmerk auf dem Alter der Abgeordneten zu Beginn ihres politischen Engagements sowie ihres ersten Eintritts in eine Partei. Auf eine allgemeine Betrachtung dieser Merkmale folgen differenzierte Analysen gruppiert nach Geschlecht und Gemeindegröße.

Politische Aktivität der Eltern

Im Folgenden wird die politische Aktivität der Eltern der befragten kommunalen Abgeordneten untersucht. Ein Blick auf die Verteilung zeigt uns, dass 29 Prozent der Väter politisch aktiv sind oder waren. Dem gegenüber stehen 71 Prozent, die keiner politischen Aktivität nachgehen oder nachgegangen sind.

Tabelle 20: Politische Aktivität des Vaters

<i>Politische Aktivität der Väter</i>	<i>Anteil in Spaltenprozent</i>	<i>Total</i>
Ja	29%	48
Nein	71%	116
	100%	164 von 165 Ausschöpfungsquote (99%)

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Tabelle 21 lässt sich entnehmen, dass der Anteil der Mütter, die politisch aktiv sind oder waren mit 12 Prozent im Vergleich zum Anteil der aktiven Väter deutlich geringer ist. Der größte Teil der Mütter ist oder war demnach politisch nicht aktiv.

Tabelle 21: Politische Aktivität der Mutter

<i>Politische Aktivität der Mutter</i>	<i>Anteil in Spaltenprozent</i>	<i>Total</i>
Ja	12%	20
Nein	88%	145
	100%	165 von 165 Ausschöpfungsquote (100%)

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Die Verteilung der politischen Aktivität des Vaters nach der Partei des Befragten ist relativ ausgeglichen. Etwa ein Drittel der Väter der befragten kommunalen Politiker der CDU und SPD sind politisch aktiv. Bei den Vätern der kommunalen Eliten von den Grünen sind es ein Viertel, die als politisch aktiv bezeichnet werden können. Bei den lokalen Bündnissen und den sonstigen Parteien sieht diese Verteilung ähnlich aus. Nur bei der Linken und der FDP zeigt sich ein nahezu spiegelverkehrtes Bild. Bei diesen beiden Parteien sind demnach 67 Prozent (Die Linke) und 60 Prozent (FDP) der Väter politisch aktiv.

Tabelle 22: Politische Aktivität des Vaters nach Partei des Befragten

<i>Politische Aktivität des Vaters nach Partei des Befragten</i>	<i>politisch aktiv (Angaben in Zeilenprozent)</i>	<i>politisch nicht aktiv (Angaben in Zeilenprozent)</i>
CDU	28%	72%
SPD	28%	72%
Buendnis90/Die Grünen	25%	75%
Die Linke	67%	33%
FDP	60%	40%
Lokale Bündnisse	26.9%	73%
Sonstige	33.3%	67%

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Die politische Aktivität der Mütter kommunaler Eliten in NRW verteilt sich wie folgt. Es ist zu erkennen, dass die Minderheit der Mütter politisch aktiv war oder ist. Der größte Anteil an politisch aktiven Müttern ist bei den Befragten aus der Partei Bündnis90/ Die Grünen zu beobachten. Dieser ist mit 31 Prozent sogar höher als der Anteil der politisch aktiven Väter von befragten Eliten der Grünen (vgl. Tabelle 22). Der Anteil der politisch aktiven Mütter von Befragten der Volksparteien ist mit 15 Prozent (SPD) und 9 Prozent (CDU) im Vergleich zu dem Anteil der politisch aktiven Väter dieser Parteien verhältnismäßig gering. Bei den Befragten der Linken, der FDP und der sonstigen Parteien sind oder waren 100 Prozent der Mütter nicht politisch aktiv. Diese Verteilung spiegelt erneut die patriarchalisch geprägte politische Landschaft wieder.

Tabelle 23: Politische Aktivität der Mutter nach Partei des Befragten

<i>Politische Aktivität der Mutter nach Partei des Befragten</i>	<i>politisch aktiv (Angaben in Zeilenprozent)</i>	<i>politisch nicht aktiv (Angaben in Zeilenprozent)</i>
CDU	9%	91%
SPD	15%	85%
Buendnis90/Die Grünen	31%	69%
Die Linke	-	100%
FDP	-	100%
Lokale Bündnisse	8%	92%
Sonstige	-	100%

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Der Großteil der Eltern unserer Befragten ist nicht politisch aktiv. Zum Beispiel weisen gut zwei Drittel der Eltern der Befragten, welche in der CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und sonstigen Parteien aktiv sind, keine politische Aktivität auf. Lediglich bei 5 Prozent der kommunalen Abgeordneten aus der CDU sind oder waren beide Elternteile aktiv in der Politik tätig. Bei den lokalen Bündnissen sind es mit 8 Prozent etwas mehr. Bei den kommunalen Abgeordneten aus der SPD sind es 13 Prozent, die Grünen weisen mit 25 Prozent den höchsten Anteil auf.

Eine Differenzierung der politischen Aktivität der Eltern nach der Partei des Befragten zeigt ein sehr interessantes Muster auf. Betrachtet man die Verteilung der Aktivität der Eltern und innerhalb dieser den Anteil, in dem nur ein Elternteil politisch aktiv war, fällt auf, dass bei einem Großteil der Parteien nur die Väter der Abgeordneten politisch aktiv sind oder waren. Nur bei der CDU der SPD und den Grünen ist ein kleiner Anteil der Mütter politisch aktiv, während die Väter nicht aktiv sind oder waren.

Führt man das Beispiel weiter, erkennt man, dass bei 23 Prozent der kommunalen Abgeordneten aus der CDU nur die Väter politisch aktiv sind oder waren. Demgegenüber sind oder waren nur 5 Prozent der Mütter von Befragten aus der CDU alleinig politisch aktiv. Bei der SPD ist der Anteil an ausschließlich väterlicher politischer Aktivität mit 15 Prozent geringer als bei der CDU. Auch der Anteil an ausschließlich mütterlicher Aktivität sinkt hier auf 2 Prozent. Die einzige Partei in der keine väterliche Aktivität berichtet wird, sondern nur mütterliche, ist Bündnis 90/Die Grünen.

Es bleibt festzuhalten, dass der größte Teil der Eltern unserer Befragten keine politische Aktivität aufweist. Des Weiteren wird deutlich, dass wenn politische Aktivität vorhanden ist, diese häufiger vom Vater alleine ausgeübt wird.

Tabelle 24: Politische Aktivität der Eltern nach Partei der Befragten

<i>Politische Aktivität der Eltern nach Partei des/der Befragten (*Angaben in Spaltenprozent)</i>	<i>CDU</i>	<i>SPD</i>	<i>Bündnis90/ Die Grünen</i>	<i>Die Linke</i>	<i>FDP</i>	<i>Lokale Bündnisse</i>	<i>Sonstige</i>
Kein Elternteil politisch aktiv	68%	70%	69%	33%	40%	73%	67%
Beide Elternteile politisch aktiv	5%	13%	25%	-	-	8%	-
Nur der Vater politisch aktiv (Mutter nicht)	23%	15%	-	67%	60%	19%	33%
Nur die Mutter politisch aktiv (Vater nicht)	5%	2%	6%	-	-	-	-

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Politische Erbschaft: Parteienaktivität der Eltern

In diesem Abschnitt wird die politische Aktivität der Eltern der befragten kommunalen Abgeordneten hinsichtlich ihrer Parteimitgliedschaft betrachtet. Die unten aufgeführte Tabelle beschreibt das Verhältnis zwischen der Parteizugehörigkeit des Befragten in Abhängigkeit zur Parteizugehörigkeit der Eltern des Befragten. Bei 68 der 165 Befragten war mindestens ein Elternteil in einer Partei aktiv, die Eltern der übrigen 97 hatten keine Parteienaktivität vorzuweisen. Die Verteilung bei den beiden Volksparteien erscheint sehr eindeutig. Demnach haben 96 Prozent der befragten kommunalen Abgeordneten der CDU Eltern, die ebenfalls in der CDU aktiv waren. Bei lediglich einem Befragten war ein Elternteil nicht in der CDU, sondern bei der Zentrumsparterie. Da die Partei „Zentrum“ jedoch der historische Vorläufer der CDU ist, kommt dies einer CDU-Mitgliedschaft sehr nahe.

Vergleichbar damit stellt sich die Verteilung bei Befragten der SPD dar. Hier gaben 80 Prozent der befragten kommunalen Abgeordneten an, dass ihre Eltern sich in der SPD politisch engagiert haben oder es immer noch tun. Die übrigen 20 Prozent verteilen sich auf die Zentrumsparterie, die KPD und die NSDAP. 44 Prozent der befragten Abgeordneten von Bündnis90/Die Grünen haben Eltern, die in der CDU aktiv waren oder immer noch sind, 22 Prozent sind oder waren in der SPD engagiert und nur ein Drittel der Befragten kommunalen Abgeordneten der Grünen haben auch Eltern, die bei den Grünen aktiv sind oder waren. Grund hierfür ist wohl das im Vergleich niedrige Alter der Partei Bündnis90/Die Grünen, die ihre Anfänge 1980 für Die Grünen und 1991 für Bündnis 90 hatten und mit diesem Namen erst seit der Vereinigung 1993 existieren. Interessant wäre es an dieser Stelle zu prüfen, wie sich die Altersverteilung der Abgeordneten der Grünen gestaltet.

Auch bei den anderen Parteien sind oder waren die Eltern meist nicht in der gleichen Partei aktiv wie die befragten Abgeordneten. So sind etwa bei den Abgeordneten der FDP auch nur ein Drittel

der Eltern in der FDP gewesen. Bei den befragten Abgeordneten der Linke gibt es hingegen keine familiären Übereinstimmungen, sprich die Eltern dieser Gruppe sind oder waren nicht in der Partei die Linke aktiv – was vermutlich mit der Entstehungsgeschichte der Partei zusammenhängt und der geringen Fallzahl befragter Abgeordneter der Partei die Linke.

Tabelle 25: Parteienaktivität der Eltern nach Partei der Befragten

<i>Parteienaktivität der Eltern nach Partei des/der Befragten (*Angaben in Spaltenprozent)</i>	<i>CDU</i>	<i>SPD</i>	<i>Buendnis90 /Die Grünen</i>	<i>Die Linke</i>	<i>FDP</i>	<i>Lokale Bündnisse</i>	<i>Sonstige</i>
CDU	96%	-	44%	-	33%	11%	100%
SPD	-	80%	22%	-	-	11%	-
Buendnis90/Die Grünen	-	-	33%	-	-	-	-
Die Linke	-	-	-	-	-	-	-
FDP	-	-	-	50%	33%	-	-
Zentrum	4%	5%	-	-	-	-	-
KPD	-	5%	-	-	-	-	-
NSDAP	-	10%	-	50%	-	-	-
PRO	-	-	-	-	-	11%	-
Bürgerinitiative Vettweiß	-	-	-	-	-	11%	-
Peto	-	-	-	-	-	44%	-
Parteilos	-	-	-	-	33%	11%	-

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Es sind zudem Unterschiede zwischen den Mitgliedern von Volksparteien und Interessenparteien zu erkennen. Es kann angenommen werden, dass die befragten kommunalen Abgeordneten, die aktiv in einer Volkspartei sind, mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit auch Eltern haben oder hatten, die sich in einer dieser Volksparteien engagieren oder engagiert haben. Insgesamt ist der Anteil jener Eltern, deren Kind einer Volkspartei angehört und sie selber auch dieser angehören oder angehört haben mit 88 Prozent sehr hoch. Dies stellt insofern ein interessantes Ergebnis dar, als dass die Eltern der kommunalen Politiker aus Interessenparteien Keine solchen Werte aufweisen.

Im Vergleich dazu verteilt sich bei den Interessenparteien das politische Engagement der Eltern auf weitaus mehr Parteien. Beispielsweise sind dort Eltern vertreten, welche einer Volkspartei angehören, was bei Eltern von kommunalen Politikern, die sich in Volksparteien engagieren, nicht der Fall ist. Dies ist auch bei den lokalen Bündnissen zu erkennen. Hier wird deutlich, dass ein Engagement der Eltern in einer Volkspartei mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führt, dass ihr Kind, sofern es sich in einer Partei politisch engagieren möchte, auch dieser Partei beitrifft und nicht einer Interessenspartei.

Als Fazit zur Thematik der Parteiaktivität der Eltern der kommunalen politischen Eliten lässt sich sagen, dass die Abgeordneten, die aktiv in einer Volkspartei sind, mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit auch Eltern haben, die sich in einer dieser Volksparteien engagieren oder engagiert haben. Bei Interessensparteien, wie z.B. dem Bündnis 90/die Grünen, ist das Verhältnis inkongruent. Eltern dieser Abgeordneten sind oder waren ihrerseits meist in Volksparteien aktiv. Insgesamt ist der Anteil jener Eltern, deren Kind einer Volkspartei angehört und sie selber auch dieser angehören oder angehört haben mit 88 Prozent auffällig hoch.

Tabelle 26: Parteienaktivität der Eltern nach gruppierten Parteien des/der Befragten

<i>Parteienaktivität der Eltern nach gruppierter Partei des Befragten (*Angaben in Spaltenprozent)</i>	<i>Volksparteien</i>	<i>Interessensparteien</i>	<i>Lokale Bündnisse</i>	<i>Sonstige</i>
CDU	52%	36%	11%	100%
SPD	36%	21%	11%	
Buendnis90/Die Grünen	-	21%	-	-
Die Linke	-	-	-	-
FDP	-	7%	-	-
Zentrum	5%	-	-	-
KPD	2%	-	-	-
NSDAP	5%	7%	-	-
PRO	-	-	11%	-
Bürgerinitiative Vettweiß	-	-	11%	-
Peto	-	-	44%	-
Parteilos	-	7%	11%	-

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Lebensalter bei Beginn politischer Aktivität

In folgender Tabelle ist das durchschnittliche Alter der Befragten bei Beginn des politischen Engagements in Abhängigkeit der Parteien angegeben. Dabei haben die Anhänger sonstiger Parteien das höchste Durchschnittsalter von 32 Jahren, dicht gefolgt von der CDU mit durchschnittlich 31 Jahren. Die Parteien mit dem durchschnittlich frühesten Engagement in der Politik sind die FDP (21 Jahre) und Die Linke (19 Jahre). Dazwischen befinden sich die SPD sowie Bündnis'90/Die Grünen mit jeweils durchschnittlich 28 Jahren und Anhänger der lokalen Bündnisse mit 26 Jahren. Allgemein kann festgehalten werden, dass über alle Parteien hinweg das durchschnittliche Alter für den Beginn des politischen Engagements bei 26 Jahren liegt.

Tabelle 27: Alter des Befragten, bei Beginn des politischen Engagements nach Partei

<i>Alter des Befragten, bei Beginn des politischen Engagements nach Partei</i>	<i>Durchschnittliches Alter (Jahre)</i>	<i>Minimum (Jahre)</i>	<i>Maximum (Jahre)</i>	<i>Standard-abweichung</i>
CDU	31	12	56	13
SPD	28	15	68	12
Buendnis90/Die Grünen	28	14	45	11
Die Linke	19	16	24	4
FDP	21	12	35	9
Lokale Bündnisse	26	15	58	12
Sonstige	32	15	41	15

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Wie zuvor auch, wird nun das Alter bei Beginn des politischen Engagements untersucht. Hier geht es zunächst darum zu schauen, ob es einen Unterschied zwischen Männern und Frauen gibt. Bei Betrachtung von Tabelle 28 wird deutlich, dass Männer durchschnittlich 4 Jahre früher mit ihrem politischen Engagement beginnen als Frauen. Frauen hingegen haben mit einem Maximalwert von 68 Jahren ein deutlich höheres Alter, in dem sie noch mit dem politischen Engagement beginnen. Bei Männern liegt dieser Höchstwert bei 56 Jahren. Das niedrigste Eintrittsalter in die Politik liegt bei 12 Jahren und zwar bei Männer und Frauen.

Tabelle 28: Alter des Befragten, bei Beginn des politischen Engagements nach Geschlecht

<i>Alter des Befragten, bei Beginn des politischen Engagements nach Geschlecht</i>	<i>Durchschnittliches Alter (Jahre)</i>	<i>Minimum (Jahre)</i>	<i>Maximum (Jahre)</i>	<i>Standardabweichung</i>
Männlich	27	12	56	11
Weiblich	31	12	68	15

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Bei der Betrachtung kommunaler Eliten in NRW ist es natürlich interessant, mögliche Unterschiede zwischen kleineren und größeren Gemeinden und Städten zu untersuchen. Folglich wurde in Tabelle 29 das Alter der Befragten zu Beginn des politischen Engagements nach Gemeindegröße untersucht. Ebenso wie bei der Analyse der sozialstrukturellen Merkmale wurden die Befragten nach Größe ihrer Gemeinde gruppiert und die Gemeinden in kleinere, mittelgroße und große Gemeinden unterteilt.

Die Befragten aus den kleinsten Gemeinden oder Städten sind mit durchschnittlich 34 Jahren die Gruppe, die am spätesten in die Politik eintritt. Befragte der großen Gemeinden oder Städte sind mit durchschnittlich 25 Jahren jene, die sich am frühesten politisch engagieren. In der Mitte ordnen sich die Befragten der mittelgroßen Gemeinden oder Städte ein, welche mit durchschnittlich 28 Jahren mit dem politischen Engagement beginnen. Die Befragten der kleinsten Gemeinden oder Städte haben mit einem Maximum von 68 Jahre das höchste Alter, wo Abgeordnete noch anfangen sich erstmalig politisch zu engagieren. Dahinter liegen die Befragten der mittelgroßen Gemeinden oder Städten mit einem Maximum von 56 Jahren, dicht gefolgt von den Befragten der großen Gemeinden oder Städte mit 55 Jahren. Die Befragten, die am frühesten mit dem politischen Engagement begonnen haben, findet man in den mittelgroßen Gemeinden oder Städten (12 Jahre), wobei die Befragten aus den kleinsten und großen Gemeinden oder Städte mit 16 und 14 Jahren nicht deutlich älter waren.

Tabelle 29: Alter des Befragten, bei Beginn des politischen Engagements nach Gemeindegröße

<i>Alter des Befragten, bei Beginn des politischen Engagements nach Gemeindegröße</i>	<i>Durchschnittliches Alter (Jahre)</i>	<i>Minimum (Jahre)</i>	<i>Maximum (Jahre)</i>	<i>Standardabweichung</i>
kleinste Gemeinden oder Städte	34	16	68	13
mittelgroße Gemeinden oder Städte	28	12	56	12
Große Gemeinden oder Städte	25	14	55	11

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Demnach sind die Befragten der großen Gemeinden oder Städte solche, die durchschnittlich am frühesten mit dem politischen Engagement beginnen und auch insgesamt jünger beim ersten politischen Engagement sind, wenngleich der früheste Beginn in die Kategorie der mittelgroßen

Gemeinden oder Städten fällt. Demgegenüber zeichnen sich die kleinsten Gemeinden dadurch aus, dass das Engagement dort am spätesten beginnt. Das höchste Alter, in dem noch in die Politik eingetreten wird, liegt bei etwa 68 Jahren und lässt sich in die kleinsten Gemeinden feststellen. Zusammenfassend kann man folgern, dass je größer die Gemeinde ist, desto jünger sind kommunale Eliten bei Beginn eines politischen Engagements im Schnitt.

Nachdem das Eintrittsalter in die Politik in Abhängigkeit der Gemeindegröße betrachtet wurde, werden im Folgenden Städte mit Gemeinden verglichen. Die Befragten aus den Städten weisen mit durchschnittlich 26 Jahren ein vier Jahre früher beginnendes politisches Engagement auf im Vergleich zu den Befragten aus Gemeinden. Die Befragten aus Gemeinden sind jedoch im maximal höchsten Alter bereit (Maximum 68 Jahre), mit dem politischen Engagement zu beginnen. Im Hinblick auf das jüngste Alter für den Beginn des politischen Engagements unterscheiden sich Städte und Gemeinden nicht und liegen hier mit 12 Jahren gleichauf.

Tabelle 30: Alter des Befragten, bei Beginn des politischen Engagements nach Gemeinde oder Stadt

<i>Alter des Befragten, bei Beginn des politischen Engagements nach Gemeinde oder Stadt</i>	<i>Durchschnittliches Alter (Jahre)</i>	<i>Minimum (Jahre)</i>	<i>Maximum (Jahre)</i>	<i>Standardabweichung</i>
Stadt	26	12	56	12
Gemeinde	31	12	68	12

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Zur Thematik des Lebensalters der kommunalen politischen Eliten lässt sich somit zusammenfassend sagen, dass Männer durchschnittlich 4 Jahre eher mit dem politischen Engagement beginnen, als Frauen. Frauen hingegen haben mit einem Maximalwert von 68 Jahren ein deutlich höheres Alter in dem sie noch mit dem politischen Engagement beginnen. Die Befragten aus den kleinsten Gemeinden oder Städten waren mit durchschnittlich 34 Jahren die „älteste“ Gruppe. Befragte der großen Gemeinden oder Städte sind mit durchschnittlich 25 Jahren jene, die sich am frühesten politisch engagieren. Es wird deutlich, dass je größer die Gemeinde ist, desto jünger sind kommunale Eliten bei Beginn eines politischen Engagements im Schnitt.

Parteienritt

In diesem Abschnitt wird das durchschnittliche Alter der Befragten beim Parteienritt betrachtet. Dies geschieht in Abhängigkeit der Parteien. Dabei fällt auf, dass Anhänger der Linken, welche zuvor beim Beginn ihres politischen Engagement den durchschnittlich niedrigsten Wert aufweisen, bei der Frage des Parteienritts mit durchschnittlich 59 Jahren mit Abstand den höchsten durchschnittlichen Alterswert erreichen. Aber auch die FDP, die knapp hinter der Linken angesiedelt ist, ist in der Frage des Parteienritts mit durchschnittlich 36 Jahren in die „Riege“ der Älteren einzuordnen. Der Parteienritt bei den lokalen Bündnissen geschieht durchschnittlich mit 26 Jahren und stellt damit den niedrigsten Wert dar. Mitglieder der CDU treten im Durchschnitt mit 31 Jahren in die Partei ein und die der SPD mit 29 Jahren. Damit liegen gehören sie zu den „Jüngeren“. Mitglieder sonstiger Parteien treten im Durchschnitt mit 34 Jahren ein und liegen demnach knapp hinter der FDP. Das durchschnittliche Alter für den Eintritt über alle Parteien hinweg liegt bei 35 Jahren.

Beim Parteienritt liegen männliche und weibliche Befragte ungefähr gleichauf. Männer treten mit durchschnittlich 30 Jahren einer Partei bei, Frauen mit 33 Jahren. Auch bei der Betrachtung der minimalen und maximalen Werte gibt es keine großen Unterschiede. Die befragten Männer treten am frühesten mit 16 Jahren ein und am spätesten mit 65 Jahren. Bei den Frauen liegen diese Werte bei 15 und 67 Jahren.

Tabelle 31: Alter des Befragten beim Parteieintritt nach Parteien

<i>Alter des Befragten beim Parteieintritt nach Parteien</i>	<i>Durchschnittliches Alter (Jahre)</i>	<i>Minimum (Jahre)</i>	<i>Maximum (Jahre)</i>	<i>Standardabweichung</i>
CDU	31	16	58	12
SPD	29	16	67	12
Buendnis90/Die Grünen	33	18	49	11
Die Linke	59	54	65	6
FDP	36	23	55	12
Lokale Bündnisse	26	15	51	11
Sonstige	34	18	44	14

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Tabelle 32 Alter des Befragten beim Parteieintritt nach Geschlecht

<i>Alter des Befragten beim Parteieintritt nach Geschlecht</i>	<i>Durchschnittliches Alter (Jahre)</i>	<i>Minimum (Jahre)</i>	<i>Maximum (Jahre)</i>	<i>Standardabweichung</i>
Männlich	30	16	65	12
Weiblich	33	15	67	14

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Für den Eintritt in Parteien nach Gemeindegrößen zeichnet sich ein etwas anderes Muster ab. Es zeigt sich, dass die Befragten aus den kleinsten Gemeinden oder Städten auch hier mit durchschnittlich 35 Jahren den höchsten Wert aufweisen. Die jüngsten Parteineulinge kommen mit durchschnittlich 30 Jahren aus den mittelgroßen Gemeinden oder Städten. Dazwischen liegen die Befragten der großen Gemeinden oder Städte mit durchschnittlich 32 Jahren. Auch bei der Frage des frühesten Eintritts haben die Befragten aus den mittelgroßen Gemeinden oder Städten mit einem Minimum von 15 Jahren die jüngsten Parteineulinge, dicht gefolgt von den großen Gemeinden oder Städten mit 16 Jahren und den kleinsten mit 18 Jahren. Das gleiche Bild zeichnet sich bei der Betrachtung des Maximums ab. Hier haben die Befragten der mittelgroßen Gemeinden oder Städten mit 58 Jahren das niedrigste Maximum und somit ein geringeres Alter, in dem noch einer Partei beigetreten wird, verglichen mit den großen und kleinsten Gemeinden oder Städten, welche mit 65 und 67 Jahren ungefähr auf einer Höhe liegen.

Tabelle 33: Alter des Befragten beim Parteieintritt nach Gemeindegröße

<i>Alter des Befragten beim Parteieintritt nach Gemeindegröße</i>	<i>Durchschnittliches Alter (Jahre)</i>	<i>Minimum (Jahre)</i>	<i>Maximum (Jahre)</i>	<i>Standardabweichung</i>
kleinste Gemeinden oder Städte	35	18	67	12
mittelgroße Gemeinden oder Städte	30	15	58	12
Große Gemeinden oder Städte	32	16	65	14

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Auch hinsichtlich der Frage nach dem Alter beim ersten Parteieintritt, sind die Befragten aus den Städten mit durchschnittlichen 29 Jahren jünger als die Befragten aus den Gemeinden mit durchschnittlich 33 Jahren. In Hinblick auf die minimalen und maximalen Werte unterscheiden sich Städte und Gemeinden nur gering.

Tabelle 34: Alter des Befragten beim Parteieintritt nach Gemeinde oder Stadt

<i>Alter des Befragten beim Parteieintritt nach Gemeinde oder Stadt</i>	<i>Durchschnittliches Alter (Jahre)</i>	<i>Minimum (Jahre)</i>	<i>Maximum (Jahre)</i>	<i>Standardabweichung</i>
Stadt	29	15	65	13
Gemeinde	33	18	67	12

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Hinsichtlich des Alters der Befragten beim Parteieintritt lässt sich sagen, dass das durchschnittliche Alter für den Eintritt über alle Parteien hinweg bei 35 Jahren. Beim Parteieintrittsalter gibt es ebenfalls keine großen Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Werden die lokalen Einheiten betrachtet, so zeigt sich, dass die Befragten aus den kleinsten Gemeinden oder Städten auch hier mit durchschnittlich 35 Jahren den höchsten Wert haben. Dagegen kommen die jüngsten Parteineulinge mit durchschnittlich 30 Jahren aus den mittelgroßen Gemeinden oder Städten. Dazwischen liegen die Befragten der großen Gemeinden oder Städte mit durchschnittlich 32 Jahren.

Ideologische Selbstverortung

Will man ein detailliertes Bild kommunaler Eliten zeichnen, ist es sicherlich wichtig etwas über deren politische Einstellungen zu erfahren. Um dies herauszufinden, wurde die etablierte Skala der Links-Rechts-Selbsteinstufung verwendet. Die Skala reicht von 0 bis 10, wobei 0 eine maximal linke und 10 eine maximal rechte ideologische Selbsteinstufung bedeutet.

Betrachtet man die durchschnittliche Verortung, fällt zunächst nichts Ungewöhnliches auf. Die CDU ist bei einer durchschnittlichen Verortung von 6 der Mitte mit leichter Tendenz nach rechts zuzuordnen, ebenso wie Befragte der Sonstigen Parteien (6 Skalenpunkte). Die SPD ist mit einer durchschnittlichen Angabe von 3,2 Skalenpunkten weiter links zuzuordnen. Die Linke entspricht mit durchschnittlich 0,3 Skalenpunkten dem Parteienprofil entsprechenden Erwartungen, ebenso wie die FDP mit durchschnittlich 4,8 Skalenpunkten. Die Befragten der Grünen (3,6) ordnen sich mit ihren Durchschnittswerten nahe der SPD ein und die Abgeordneten der lokalen Bündnisse mit 4,6 in die Nähe der FDP.

Tabelle 35: Links-Rechts-Verortung des Befragten (0 = Links, 10 = Rechts) nach Parteien

<i>Links-Rechts-Verortung des Befragten (0 = Links, 10 = Rechts) nach Parteien</i>	<i>Durchschnittliche Verortung</i>	<i>Minimum</i>	<i>Maximum</i>	<i>Standardabweichung</i>
CDU	6	1	10	1.5
SPD	3.2	1	7	1.2
Buendnis90/Die Grünen	3.6	1	5	.9
Die Linke	0.3	0	1	.6
FDP	4.8	4	5	.4
Lokale Bündnisse	4.6	2	6	1.0
Sonstige	6	5	7	1.4

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Ein Blick auf die minimalen und maximalen Werte verrät, dass auch in der CDU Mitglieder zu finden sind, die sich im äußeren linken Skalenbereich verorten. wird. Aber auch bei den Befragten der SPD sind kommunale Abgeordnete zu finden, die sich mit einem Maximum von 7 rechts der Mitte einstufen.

Auch bei Betrachtung der Links-Rechts-Skala gibt es keine gravierenden Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Männer verorten sich durchschnittlich bei dem Wert von 4,6, Frauen tendieren minimal stärker zur Mitte mit einem Wert von 4,5. Doch wie die Betrachtung der minimalen und maximalen Werte zeigt, gibt es bei beiden Geschlechtern auch Befragte, welche sich in die sehr extremen Kategorien verorten, wie ein Minimum von 0 bei den Männern und ein Maximum von 10 bei den Frauen zeigt. Die Gruppe der Frauen hat folglich eine Spannweite, die insgesamt weiter nach rechts tendiert, allerdings ist sie auch heterogener, das heißt es gibt mehr Frauen, die vom Mittelwert abweichen, als es Männer in der Gruppe der kommunalen Abgeordneten tun, was die Betrachtung der Standardabweichung erkennen lässt.

Tabelle 36: Links-Rechts-Verortung des Befragten (0 = Links, 10 = Rechts) nach Geschlecht

<i>Links-Rechts-Verortung des Befragten (0 = Links, 10 = Rechts) nach Geschlecht</i>	<i>Durchschnittliche Verortung</i>	<i>Minimum</i>	<i>Maximum</i>	<i>Standardabweichung</i>
Männlich	4.6	0	9	1.7
Weiblich	4.5	1	10	2.1

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

In welchen Bereich der Links-Rechts-Skala ordnen sich die Befragten der drei Gemeindegrößenkategorien ein? Zunächst ist auffällig, dass alle Gemeindegrößen im Schnitt politisch eher in der Mitte mit Tendenz nach links zu verorten sind. Es ist erkennbar, dass die Befragten der kleinsten Gemeinden oder Städten am stärksten in Richtung mitte-links tendieren, was die durchschnittliche Verortung von 4,3 Punkten auf der Skala zeigt. Die Befragten der mittelgroßen Gemeinden oder Städte liegen mit 4,7 näher an der Mitte und die der großen Gemeinden oder Städte mit 4.4 in Richtung mitte-links.

Tabelle 37: Links-Rechts-Verortung des Befragten (0 = Links, 10 = Rechts) nach Gemeindegröße

<i>Links-Rechts-Verortung des Befragten (0 = Links, 10 = Rechts) nach Gemeindegröße</i>	<i>Durchschnittliche Verortung</i>	<i>Minimum</i>	<i>Maximum</i>	<i>Standardabweichung</i>
kleinste Gemeinden oder Städte	4.3	1	6	1.2
mittelgroße Gemeinden oder Städte	4.7	1	10	1.8
Große Gemeinden oder Städte	4.4	0	8	2.1

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Die Statistik zeigt weiter, dass es bei der Links-Rechts-Einstufung praktisch keinen Unterschied zwischen Städten und Gemeinden gibt. Befragte aus Städten verorten sich im Schnitt mit 4,5 Skalenpunkten geringfügig weiter links als Befragte aus Gemeinden (4,7). Doch ein Blick auf die minimalen und maximalen Werte zeigt, dass Befragte aus den Städten die ganze Skala abdecken, also hat jeweils mindestens eine Person 0 angegeben und eine weitere Person 10. Bei den Befragten aus den Gemeinden verortet sich mindestens ein Befragter auf der 1 und ein weiterer Befragter auf der 8. Die Befragten der Gemeinden verorten sich demnach weniger extrem und im Spektrum

weiter links als die kommunalen Abgeordneten der Städte. Dieses Ergebnis mag angesichts der durchschnittlich „linkeren“ Verortung der Abgeordneten der Stadt verwunderlich sein, jedoch muss darauf verwiesen werden, dass zum einen mehr Personen aus Städten an der Befragung teilgenommen haben und zudem diese Gruppe heterogener ist, das heißt im Schnitt stärker vom Mittelwert abweicht, als die Gruppe der Abgeordneten aus Gemeinden.

Tabelle 38: Links-Rechts-Verortung des Befragten (0 = Links, 10 = Rechts) nach Gemeinde oder Stadt

<i>Links-Rechts-Verortung des Befragten (0 = Links, 10 = Rechts) nach Gemeinde oder Stadt</i>	<i>Durchschnittliche Verortung</i>	<i>Minimum (Jahre)</i>	<i>Maximum (Jahre)</i>	<i>Standardabweichung</i>
Stadt	4.5	0	10	1.9
Gemeinde	4.7	1	8	1.7

Quelle für den Elitenvergleich ist der Datensatz aus der Befragung kommunaler Eliten in NRW. Die Grundgesamtheit sind kommunale Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen.

Abschließend lässt sich zu der subjektiven links rechts Verortung der kommunalen politischen Eliten sagen, dass es bei der Betrachtung der Links-Rechts-Skala keine gravierenden Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt. Es ist auffällig, dass alle Gemeindegrößen im Schnitt politisch eher in der Mitte mit Tendenz nach links zu verorten sind. Zudem wird deutlich, dass die Befragten der kleinsten und großen Gemeinden oder Städten am stärksten in Richtung mitte-links tendieren. Die Befragten der mittelgroßen Gemeinden oder Städte liegen daher näher an der Mitte. Außerdem ist die Streuung innerhalb der großen Gemeinden oder Städte am größten.

5 Fazit

In diesem Papier wurde nicht etwa der Versuch unternommen zu erklären, um wen es sich handelt, wenn gemeinhin von „Politikern“ gesprochen wird. Vielmehr handelt es sich hierbei um eine Analyse jener Personen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben sich auf der ersten politischen Ebene zu engagieren, nämlich sich als kommunale Abgeordnete der Aufgaben von Kommunen, Städten und Kreisen anzunehmen. Das besondere Interesse an diesen Personen speist sich aus der unmittelbaren Nähe zu den Bürgern, sowohl räumlich als auch im Hinblick auf politische Entscheidungen, die in der Regel unmittelbare Auswirkungen auf das Leben haben.

Zu diesem Zweck wurden die Ergebnisse einer Befragung von kommunalen Abgeordneten aus NRW dargestellt. Ziel war es dabei zum einen aufzuzeigen, inwieweit Kommunalpolitiker – aufgrund einer theoretisch anzunehmenden Nähe zur Bevölkerung und einer damit niedrigeren Hemmschwelle zur aktiven politischen Teilhabe – als Spiegelbild der zu repräsentierenden Bevölkerung gesehen werden können. Zum anderen lag ein besonderes Augenmerk darauf Eigenschaften zu identifizieren, die ausschlaggebend dafür sind ein Amt in der kommunalen Volksvertretung bekleiden zu können.

Zunächst wurden die befragten Stadt- und Gemeinderatsmitglieder hinsichtlich sozioökonomischer Merkmale untersucht. Dies diente vornehmlich einem Vergleich der Befragten mit den durch sie repräsentierten Personen. Die Ergebnisse aus der Befragung der kommunalen Abgeordneten wurden mit Ergebnissen aus den Daten von passiv wahlberechtigten Bürgern NRWs, die aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) von 2014 entnommen wurden, verglichen. Die betrachteten Variablen waren hierbei der Familienstand, das Einkommen, der allgemeinbildende Schulabschluss sowie die wöchentlichen Arbeitsstunden der jeweiligen Befragtengruppen. Informationen über den Berufsstand wurden mit Daten aus einer Online-Stichprobe des Unternehmens YouGov vom April 2015 verglichen.

Anschließend wurden die Ergebnisse der Elitenbefragung zur Hilfe genommen, um hinsichtlich politischer Merkmale die Frage beantworten zu können „Wer sind die Kommunalpolitiker NRWs?“. Die dabei untersuchten Variablen waren zum einen die politische Aktivität der Eltern, die Parteienaktivität der Eltern, die politischen Anfänge der Abgeordneten durch die Frage nach dem Alter bei Beginn des politischen Engagements und des Parteieintritts sowie eine allgemeine Frage nach der subjektiven politischen Selbsteinschätzung auf einer ideologischen Links-Rechts-Skala

Bei den ersten Analysen stellte sich heraus, dass die Annahme einer geringeren Hemmschwelle zur Teilnahme am politischen Geschehen auf kommunaler Ebene und eine daraus folgende Deckungsgleichheit der kommunalen Abgeordneten mit der Bevölkerung nicht gänzlich haltbar ist. Die prägnantesten Unterschiede liegen in der Verteilung des allgemeinbildenden Schulabschlusses sowie im Einkommen. Während bei den Stadt- und Gemeinderatsmitgliedern der Anteil mit steigendem Einkommen ebenfalls ansteigt, verläuft die Verteilung bei der allgemeinen Bevölkerung in die entgegengesetzte Richtung. Hier sinkt der Anteil an Personen mit steigendem Einkommen, was gleichbedeutend mit einem systematischen Einkommensunterschied zwischen diesen Gruppen ist. Ähnlich verhält es sich bei den Bildungsabschlüssen. Die befragten Ratsmitglieder haben im Schnitt eine höhere formale Bildung als die allgemeine Bevölkerung. Dieser Umstand passt zur der Beobachtung des höheren Einkommens, ist jedoch vor dem Hintergrund der Annahme einer vollen Repräsentativität der Bevölkerung bemerkenswert.

Auf die Frage, um wen es sich bei den Kommunalpolitikern NRWs handelt, könnte vereinfacht gesagt werden, es handle sich um überwiegend verheiratete gut verdienende Männer und Frauen, die besser verdienende Angestellte sind und eine hohe formale Bildung besitzen. Nach lokalen Einheiten differenziert zeigen sich nur kleinere Unregelmäßigkeiten, wie etwa hinsichtlich des Familienstandes in großen Kommunen und der Bildungsverteilung in kleinen Kommunen.

Von besonderer Bedeutung sind hingegen die Erkenntnisse über die politische Vergangenheit der Stadt- und Gemeinderatsmitglieder. Auffallend war nämlich der große Anteil an Abgeordneten der Volksparteien CDU und SPD, deren Eltern in derselben Partei politisch aktiv waren. Wenngleich das Elternteil zu einem großen Anteil männlich war, scheint es eine Art familiär vererbtes

politisches Verhalten zu geben, das sich wiederum in der Amtsträgerschaft der Befragten manifestiert.

Auf Grundlage all dieser Beobachtungen kann davon ausgegangen werden, dass es sich auch bei Kommunalpolitikern um eine Elite, im Sinne einer sich selbst rekrutierenden Gruppe (vgl. Putnam 1976: 4) handelt. Selbst rekrutierend zum einen aufgrund eines sichtbaren Zusammenhangs zwischen der parteipolitischen Aktivität der Eltern und zum anderen aufgrund der Zugehörigkeit zur Gruppe formal höher gebildeter Personen. Es ist folglich fraglich, ob die allgemeine Bevölkerung sich in dieser – von ihr verschiedenen – Personengruppe um ein Amt bemühen würde, oder mit anderen Worten, ob die Hemmschwelle tatsächlich so niedrig ist, wie angenommen wird. Im Gegenteil liegt die Annahme näher, dass es sich bei Kommunalpolitikern um eine sich reproduzierende kommunale Eliten handelt.

6 Literaturverzeichnis

Putnam, Robert D. 1976. *The Comparative Study of Political Elites*. New Jersey: Prentice-Hall.

Weber, Max. 1919. *Vier Vorträge vor dem Freistudentischen Bund*. Zweiter Vortrag: Politik als Beruf. München/Leipzig: Duncker & Humblot.